

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Enrico Komning, Fraktion der AfD

**Differenzierte Asylzahlen in Mecklenburg-Vorpommern
und**

ANTWORT

der Landesregierung

In Drucksache 7/272 nennt die Landesregierung die Zahlen zu den Asylentscheidungen 2016. Danach waren am Ende des entsprechenden Jahres 3.115 ausreisepflichtige Personen in Mecklenburg-Vorpommern registriert, wovon 677 keine Duldung besaßen. Zur Antwort der Landesregierung ergeben sich weiterführende Fragen.

1. Gibt es bereits aktualisierte Zahlen über ausreisepflichtige Personen seit Beginn 2017?

Zum Stichtag 28.02.2017 hielten sich laut Angaben des Ausländerzentralregisters insgesamt 3206 ausreisepflichtige Personen in Mecklenburg-Vorpommern auf.

2. Wie hat sich die Zahl ausreisepflichtiger Personen in Mecklenburg-Vorpommern seit 2006 entwickelt (bitte nach Jahren differenzieren)?

Die Zahl der ausreisepflichtigen Personen zum Ende des jeweiligen Jahres kann in der Kürze der Zeit nur rückblickend bis zum Jahr 2011 dargestellt werden. Folgende Zahlen ergeben sich aus den Angaben des Ausländerzentralregisters:

Stichtag	Zahl der Ausreisepflichtigen Personen
31.12.2016	3.115
31.12.2015	3.639
31.12.2014	2.435
31.12.2013	1.777
21.12.2012	1.598
31.12.2011	1.503

3. In welche Länder fanden wie viele Rücküberstellungen gemäß des Dublin-Verfahrens 2016 statt?

Im Jahr 2016 fanden im Rahmen des Dublin-Verfahrens in Mecklenburg-Vorpommern Rücküberstellungen in folgende Länder statt:

Land	Anzahl der Überstellungen
Belgien	5
Bulgarien	5
Dänemark	9
Estland	1
Frankreich	17
Italien	39
Lettland	1
Litauen	5
Niederlande	13
Norwegen	17
Österreich	6
Polen	120
Schweden	62
Schweiz	9
Spanien	34
Tschechien	4
Ungarn	21
Luxemburg	1
Gesamt	369

4. Welche Gründe für Abschiebungen gibt es, die unabhängig vom Asylverfahren bestehen?

Gemäß § 58 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes ist der Ausländer abzuschieben, wenn die Ausreisepflicht vollziehbar ist, eine Ausreisefrist nicht gewährt wurde oder diese abgelaufen ist, und die freiwillige Erfüllung der Ausreisepflicht nicht gesichert ist oder aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eine Überwachung der Ausreise erforderlich erscheint.

Ein Ausländer ist zur Ausreise verpflichtet, wenn er einen erforderlichen Aufenthaltstitel nicht oder nicht mehr besitzt und ein Aufenthaltsrecht nach dem Assoziationsabkommen EWG/Türkei nicht oder nicht mehr besteht (vergleiche § 50 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes). Neben einem mit ablehnendem Bescheid beendeten Asylverfahren können beispielsweise auch eine unerlaubte Einreise, eine fehlende Beantragung der Verlängerung eines Aufenthaltstitels oder die Rückführungsentscheidung eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union Grund für eine vollziehbare Ausreisepflicht sein (§ 58 Absatz 2 des Aufenthaltsgesetzes).

5. In welche Staaten sind die 823 abgelehnten Asylbewerber des Jahres 2016 (siehe Drucksache 7/272) überführt worden?

Im Jahr 2016 fanden - neben den Rücküberstellungen in die in Frage 3 genannten Mitgliedstaaten - Abschiebungen in folgende Länder statt:

Albanien
Bosnien-Herzegowina
Eritrea
Ghana
Venezuela
Mazedonien
Nigeria
Montenegro
Russische Föderation
Republik Serbien
Ukraine
Kosovo
Honduras
Türkei
Indien

6. Welcher Nationalität gehören sämtliche ausreisepflichtigen Personen aus dem Jahr 2016 an (bitte auflgliedern nach Personen mit und ohne Duldung)?
7. Wie viele ausreisepflichtige Personen aus dem Jahr 2016 besitzen keine Papiere, sodass eine Ausreise aus diesem Grund scheitert? Welcher Nationalität gehören diese Personen an?

Die Fragen 6 und 7 werden zusammenhängend beantwortet.

Es können nicht sämtliche ausreisepflichtige Personen aus dem Jahr 2016 statistisch betrachtet werden. Eine statistische Betrachtung des Ausländerzentralregisters ist lediglich stichtagsbezogen möglich.

Vor diesem Hintergrund gelten folgende Angaben für den Stichtag 31.12.2016:

Nationalität	Ausreise- pflichtig insgesamt	Duldungs- inhaber	Ausreise- pflichtig ohne Duldung	Duldung nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG wegen fehlender Reisedokumente
Afghanistan	170	130	40	47
Ägypten	109	71	38	30
Albanien	182	117	65	10
Algerien	25	21	4	11
Angola	1	0	1	0
Argentinien	1	0	1	0
Armenien	153	133	20	30
Aserbaidtschan	30	27	3	17
Benin	7	5	2	1
Bosnien und Herzegowina	39	38	1	9
Bulgarien	5	1	4	1
Chile	1	1	0	1
Eritrea	51	33	18	7
Gambia	1	1	0	0
Georgien	4	4	0	2
Ghana	497	404	93	181
Griechenland	1	0	1	0
Großbritannien mit Nordirland	1	1	0	0
Guinea	7	7	0	1
Honduras	4	3	1	0
Indien	43	40	3	28
Irak	50	44	6	10
Iran	36	26	10	7
Israel	1	1	0	1
Italien	2	1	1	0
Jordanien	6	6	0	0

Nationalität	Ausreise- pflichtig insgesamt	Duldungs- inhaber	Ausreise- pflichtig ohne Duldung	Duldung nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG wegen fehlender Reisedokumente
Jugoslawien (ehemals)	17	14	3	4
Kasachstan	4	3	1	0
Kenia	1	1	0	0
Kirgisistan	1	1	0	0
Kolumbien	1	0	1	0
Kosovo	17	16	1	6
Kroatien	8	6	2	0
Laos	1	1	0	0
Libanon	5	5	0	3
Litauen	3	0	3	0
Mali	5	4	1	2
Marokko	15	15	0	7
Mauretanien	98	84	14	50
Mazedonien	89	68	21	13
Mexico	2	2	0	1
Moldau (Republik)	2	1	1	1
Montenegro	16	16	0	2
Niederlande	2	1	1	1
Nigeria	14	9	5	1
Ohne Angabe	1	1	0	0
Österreich	1	0	1	0
Pakistan	7	5	2	4
Polen	13	1	12	1
Portugal	1	0	1	0
Ruanda	2	2	0	2
Rumänien	21	0	21	0
Russische Föderation	474	375	99	147
Senegal	3	3	0	2
Serbien	194	147	47	31
Serbien (ehemals)	9	9	0	6
Serbien und Montenegro (ehemals)	11	6	5	2
Somalia	32	26	6	9
Sonstige afrikanische Staatsangehörigkeiten	3	3	0	2
Sonstige asiatische Staatsangehörigkeiten	18	18	0	7
Spanien	3	3	0	0
Sri Lanka	2	0	2	0
Staatenlos	39	34	5	9
Syrien	195	163	32	26

Nationalität	Ausreise- pflichtig insgesamt	Duldungs- inhaber	Ausreise- pflichtig ohne Duldung	Duldung nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG wegen fehlender Reisedokumente
Togo	29	22	7	8
Tschechische Republik	1	0	1	0
Tunesien	2	2	0	2
Türkei	51	43	8	15
Ukraine	131	85	46	31
Ungeklärt	92	88	4	47
Vietnam	52	40	12	7
Gesamt		2438	677	843

Es wird darauf hingewiesen, dass das Ausländerzentralregister neben dem Punkt „Duldung nach § 60a Absatz 2 Satz 1 Aufenthaltsgesetz wegen fehlender Reisedokumente“ auch den Punkt „Duldung nach § 60a Absatz 2 Satz 1 Aufenthaltsgesetz (familiäre Bindungen zu Duldungsinhabern, fehlende Reisedokumente oder medizinische Gründe)“ ausweist. Folglich können Duldungen wegen fehlender Reisedokumente zum Teil auch hier erfasst sein.

8. Welche Formen der Duldung sind für die 2016 festgestellten ausreise-
pflichtigen Personen ausgesprochen worden?

Die verschiedenen Duldungsformen ergeben sich aus § 60a des Aufenthaltsgesetzes. So hatten die zum Stichtag 31.12.2016 ausreisepflichtigen Personen zum Teil Duldungen gemäß § 60a Absatz 1, wonach die oberste Landesbehörde aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland anordnen kann, dass die Abschiebung von Ausländern aus bestimmten Staaten oder von in sonstiger Weise bestimmten Ausländergruppen allgemein oder in bestimmte Staaten für längstens drei Monate ausgesetzt wird. Eine Vielzahl der Duldungsgründe ergibt sich aus § 60a Absatz 2 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes. Danach ist die Abschiebung eines Ausländers auszusetzen, solange die Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich ist und keine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. Diese Gründe können zum Beispiel sein: fehlende Reisedokumente, familiäre Bindungen zu Duldungsinhabern oder medizinische Hindernisse. Weitere Duldungen wurden gemäß § 60a Absatz 2 Sätze 2 und 3 sowie § 60a Absatz 2b des Aufenthaltsgesetzes erteilt.

9. Welche Aufenthaltskontrolle findet bei ausreisepflichtigen Personen ohne Duldung statt?

Gemäß § 61 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes ist der Aufenthalt eines vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländers räumlich auf das Gebiet des Landes beschränkt. Weitergehende räumliche Beschränkungen können zudem gemäß § 61 Absatz 1c des Aufenthaltsgesetzes angeordnet werden, wenn der Ausländer wegen einer Straftat rechtskräftig verurteilt worden ist, Tatsachen die Schlussfolgerung rechtfertigen, dass der Ausländer gegen Vorschriften des Betäubungsmittelgesetzes verstoßen hat oder konkrete Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung gegen den Ausländer bevorstehen. Gemäß § 61 Absatz 1e des Aufenthaltsgesetzes können weitere Bedingungen und Auflagen angeordnet werden.

Darüber hinaus sind vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer, deren Lebensunterhalt nicht gesichert ist, verpflichtet, an einem bestimmten Ort ihren gewöhnlichen Aufenthalt zu nehmen (Wohnsitzauflage).